

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Martin Roger
Beauftragter für politische Flüchtlinge in Niedersachsen
Tresckowstraße 140, 30457 Hannover
Tel. 0511-2717515 (ab 17 Uhr)

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

AMNESTY INTERNATIONAL für politische Flüchtlinge in Niedersachsen

Präsident des Nds. Landtags
z.H. Herrn Kleinwächter
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover



Hannover, 02.09.2011

**AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN AUS NORDAFRIKA UND DEM NAHEN OSTEN
EINGABE 02400/02/16**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur genannten Eingabe möchte ich Ihnen aktuelle Informationen geben, um dem Eindruck vorzubeugen, die jüngsten Entwicklungen in Libyen haben die Dringlichkeit vermindert. Die Flüchtlinge brauchen vielmehr rasche und entschiedene Hilfe.

Zwar konnten die meisten der vor den Kämpfen in Libyen geflohenen Menschen inzwischen in ihre Herkunftsländer zurückkehren, für tausende Flüchtlinge ist dieser Weg jedoch verschlossen, da ihnen in ihren Herkunftsländern Verfolgung oder andere schwerwiegende Gefahren drohen. Diese Flüchtlinge aus Somalia, dem Sudan, Eritrea und vielen anderen Staaten harren jetzt in hoffnungsloser Lage überwiegend in Tunesien und Ägypten aus. Dort können sie jedoch nicht bleiben. Beide Staaten haben während des Konflikts in Libyen ihre Grenzen offen gehalten und hunderttausende Flüchtlinge aufgenommen, sind jedoch mit dem eigenen politischen Umbruch beschäftigt und bislang nicht willens oder in der Lage, Flüchtlingen dauerhaft Schutz zu bieten. Auch Libyen ist auf absehbare Zeit kein sicherer Ort für Flüchtlinge.

Am 11. August befanden sich nach Angaben des UNHCR rund 5.000 Flüchtlinge an der libysch-tunesischen oder libysch-ägyptischen Grenze. Einzige Schutzoption für die in Tunesien und Ägypten gestrandeten Flüchtlinge ist die Neuansiedlung in einem Drittland. Vor diesem Hintergrund appellierte auch der UNHCR an Deutschland und andere Staaten, in Tunesien und Ägypten gestrandete, bereits als schutzbedürftig anerkannte Flüchtlinge aufzunehmen.

Ein längerer Verbleib der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern an der libyschen Grenze ist eindeutig keine Alternative. Im Lager Choucha, das das größte Flüchtlingslager in der tunesisch-libyschen Grenzregion ist, stellt sich die Situation vor Ort als extrem problematisch dar. Zu den harten klimatischen Bedingungen kommt eine schlechte sanitäre Ausstattung. Insbesondere Frauen und Mädchen haben nur unzureichenden Zugang zu Toiletten. Auch ist die medizinische Versorgung unzureichend, und es fehlt an sauberem Trinkwasser und zum Teil auch an Nahrungsmitteln. Eines der größten Probleme für die Menschen in Choucha ist weiter die schlechte Sicherheitslage. Fast alle befragten Flüchtlinge gaben an, sich in dem Camp unsicher zu fühlen. Es wird von Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen in Choucha sowie zwischen den Bewohnern des Flüchtlingslagers und der lokalen Bevölkerung berichtet. Im Mai kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und zwei

Feuern in Choucha, bei denen mehrere Flüchtlinge getötet und zwei Drittel des Camps zerstört wurden. Diese Vorfälle sind für diejenigen, die bereits vor Bomben und Gewalt in Libyen flohen, extrem belastend.

Flüchtlinge gaben an, dass eine große Anzahl von Menschen wegen der Bedingungen in Choucha und der langen Wartezeit dort nach Libyen zurückgekehrt sei, um die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer zu wagen. Nach Ansicht von Amnesty International würde eine Beschleunigung und Ausweitung des Resettlements Flüchtlinge von diesem Schritt abhalten, und so möglicherweise auch weitere Todesfälle auf See verhindern.

Obwohl eine Reihe von Staaten bereits die Aufnahme von in Nordafrika gestrandeten Flüchtlingen zugesagt hat, übersteigt der Bedarf nach Angaben des UNHCR die bisher angebotenen Plätze deutlich. Niedersachsen kann einen wichtigen Beitrag zu einer Beteiligung Deutschlands an der Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten leisten.

Mit freundlichen Grüßen

